

Weg frei für zusätzliche 850 Millionen Euro fürs Land

HANNOVER. Der Haushaltsausschuss des Niedersächsischen Landtags hat den Nachtragsetat für 2018 gebilligt – damit ist der Weg frei für einen abschließenden Beschluss kommende Woche im Parlament. Die Opposition aus Grünen, FDP und AfD stimmte gestern gegen die Pläne. Dagegen sprachen Vertreter der rot-schwarzen Regierungskoalition von wichtigen Weichenstellungen. „Wir haben einen Haushalt verabschiedet, der ein familienfreundlicher Haushalt ist“, sagte Frauke Heiligen-

stadt, die Finanzexpertin der SPD-Fraktion.

Geplant sind Mehrausgaben von knapp 850 Millionen Euro, mit denen die politischen Vorhaben finanziert werden sollen, auf die sich SPD und CDU in ihrer Koalitionsvereinbarung geeinigt hatten. Dazu gehören beitragsfreie Kitas ab August, eine höhere Besoldung der Schulleiter sowie mehr Stellen bei Polizei und Justiz. Auch für das geplante Milliardenprogramm beim Ausbau der Digitalisierung wird dort der Grundstock gelegt. Insgesamt gibt das Land damit in diesem

Jahr etwa 2 Prozent mehr aus als bisher geplant, die Gesamtausgaben liegen bei rund 31,7 Milliarden Euro.

Umstritten sind die geplanten 99 neuen Stellen in den Ministerien, für deren Schaffung es aus Sicht der Opposition keine echte Begründung gibt. FDP und Grüne wittern Rechtsverstöße. Der CDU-Abgeordnete Ulf Thiele wies diesen Verdacht als unbegründet zurück. „Die Stellen, die jetzt geschaffen werden, werden auch wertgleich wieder abgebaut in dieser Legislaturperiode.“ Landesrechnungshof

und Landtags-Juristen hätten den Entwurf als rechtlich unbedenklich bewertet.

Nach Angaben des Celler CDU-Landtagsabgeordneten Jörn Schepelmann, der Mitglied im Haushaltsausschuss ist, sollen fünf Millionen Euro zusätzlich für die Modernisierung des Fuhrparks der Landespolizei bereitgestellt werden. Ebenfalls für die Polizei wolle das Land je zwei Millionen Euro für den Bau von Trainingszentren in Lüneburg und Oldenburg investieren. Zudem sollen 40 zusätzliche Richterstellen geschaffen werden, füg-

te der Eicklinger hinzu.

Der Haushaltsansatz für ein verbessertes Wolfsmanagement wird nach Schepelmanns Angaben mit knapp 600.000 Euro mehr als verdreifacht. Drei Millionen Euro stünden zusätzlich für den ländlichen Wegebau bereit. Um die Attraktivität kleiner Grundschulen zu stärken, werde die Besoldung angehoben. Alle Rektoren würden finanziell gleichgestellt. „Ich hoffe, dass dann zum Beispiel auch die Rektorenstelle in Langlingen wiederbesetzt werden kann“, so Schepelmann. (lni/og)